

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Den Ausbildungsweg zur/zum Erzieher:in von Anfang an vergüten – durch Ausbildungsvergütung für sozialpädagogische Assistent:innen und Kinderpfleger:innen den Kitaplatzausbau vorantreiben**

Zum Kitajahr 2023/2024 werden voraussichtlich erneut rund 1 300 Kinder in der Stadtgemeinde Bremen unversorgt bleiben, obwohl sie sich für einen Kitaplatz angemeldet haben. Für diese Kinder in Bremen kann somit der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung nicht gewährleistet werden, was viele Eltern und Kinder vor massive Probleme stellt.

Auch in Bezug auf den Bevölkerungsstand in der Alterskohorte der unter Sechsjährigen wird von einer großen Unterversorgung ausgegangen: Der Senat rechnet mit knapp 5 000 fehlenden Plätzen allein für die Gruppe der drei- bis sechsjährigen Kinder, wenn allen Kindern dieser Altersgruppe ein Kitaplatz angeboten werden soll. Um dem ermittelten Betreuungswunsch der Eltern aktuell nachzukommen, müssten laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung rund 1 500 zusätzliche Fachkräfte eingestellt werden. Deutschlandweit und in Bremen bewirken gerade die fehlenden Fachkräfte, dass Familien Kitaplätze nicht angeboten werden können, selbst wenn sie räumlich zur Verfügung stehen. In der Stadt Bremen sind das aktuell rund 600 Plätze.

Bremen übernimmt bereits an vielen Stellen eine Vorreiterrolle, um die Ausbildungswege in die Erzieher:innenberufe attraktiver zu machen. So wurde ein Weg gefunden, damit die Auszubildenden während der fachschulischen Weiterbildung zur/zum Erzieher:in sowohl unter Voll- als auch Teilzeitbedingungen elternunabhängiges und nicht zurückzuzahlendes „Aufstiegs-BAföG“ beziehen können. Zusätzlich erhalten inzwischen neben den Auszubildenden zur/zum Erzieher:in auch die Auszubildenden zur/zum sozialpädagogischen Assistent:in und Kinderpfleger:in zwei jährliche Pauschalleistungen („Digitalisierungs“- und „Mobilisierungspauschale“) von insgesamt 1 500 Euro. Die Erzieher:innen-Weiterbildung kann alternativ auch über das vergütete Format der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) absolviert werden.

Für viele Interessierte beginnt der Weg zur/zum Erzieher:in mit der Ausbildung zur/zum sozialpädagogischen Assistent:in oder zur/zum Kinderpfleger:in. Nach dieser zweijährigen Ausbildung kann man bereits als Fachkraft in einer Kita arbeiten, viele schließen aber die Weiterbildung zur/zum Erzieher:in an diese Ausbildungsformate an. Die Ausbildungen zur/zum sozialpädagogischen Assistent:in und zur/zum Kinderpfleger:in werden an Fachschulen angeboten. Als einen weiteren Schritt zur Fachkräftegewinnung ist es notwendig, auch diese Ausbildungsgänge attraktiver zu gestalten. Sie sind bislang im Gegensatz zu den Ausbildungsformaten der Ausbildung zur/zum Erzieher:in durchgängig unvergütet. Dieses stellt eine hohe Zugangshürde zu diesen Ausbildungsgängen dar und gerade angesichts des hohen Fachkräftebedarfs im Bereich der frühkindlichen Bildung und Pädagogik benötigen wir eine Vergütung dieser Ausbildungsformate von Anfang an, um konkurrenzfähig zu anderen Ausbildungen zu sein.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein Konzept einer Vergütung der Ausbildung zur/zum sozialpädagogischen Assistent:in und zur/zum Kinderpfleger:in in angemessener Höhe vorzulegen;
2. der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung sechs Monate nach Beschlussfassung dieses Antrags einen Bericht hierzu vorzulegen.

Miriam Strunge, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE

Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Heike Kretschmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD